

Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht und Freiheit

erschint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Abgabe A.: Mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierzehntäglich 2,10 M. In Dresden durch Boten 2,40 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,52 M.
Abgabe B.: Ohne illustrierte Beilage vierteljährlich 1,80 M. In Dresden durch Boten 2,10 M. In ganz Deutschland frei Haus 2,22 M. — Einzel-Nr. 10 Pf. — Zeitungspreis: Nr. 6558.

Anzeigen werden die gewöhnliche Zeitschrift über deren Raum mit 15 Pf. Kestern mit 50 Pf. die Zeile berechnet, bei Werbergebnissen entsprechenden Rabatt.
Nachdruckverbot, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden, Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher 1366
Für Rückgabe unbenutzt. Schriftliche keine Verbindlichkeit. Redaktion: Sprechstunde: 11—12 Uhr.

Die geheime Wahl in Preußen gesichert!

Dresden, den 24. Februar 1910.

Die meisten Berliner Blätter sind sehr überrascht und verblüfft über den Beschluß der Wahlrechtskommission, die geheime Wahl anzunehmen, dagegen das indirekte Wahlverfahren bestehen zu lassen. Was die Blätter der Linken besonders verschreckt hat, ist die Tatsache, daß das Zentrum die Konservativen durch diese Konzeption bewogen hat, für die geheime Wahl einzutreten. Sie sind darüber aufgebracht, weil auch ohne Konzeption eine Mehrheit für die geheime Wahl vorhanden gewesen wäre. Flugs konstruiert man wieder das Märchen vom schwarz-blauen Block. Der „Berl. Lokalan.“ begreift die Gründe des Zentrums. Sätze bloß die Linke und das Zentrum gegen die Rechte den Beschluß der geheimen Wahl angenommen, so würden Herrenhaus und Regierung dem Beschluß nicht beigetreten sein. Jetzt liegt die Sache anders. Herrenhaus und Regierung werden jetzt eher geneigt sein, sich dem Willen des Abgeordnetenhauses anzupassen, wenn dieser von dem Votum der Rechten getragen werde. Diese ruhige, sachliche Würdigung hat die Presse der Linken nicht; sie schreit „Verrat“ und spricht vom „schwarzen Block“. Das „Berl. Tagebl.“ kann seinen Aerger über das geschickte Vorgehen des Zentrums nicht verbergen und meint:

„Wie die Regierung des Herrn von Bethmann-Hollweg sich mit dem Diktat des schwarzen Blockes abfindet, das hat sie mit sich selbst abzumachen. Sie ist jedenfalls dreifach bedauernswürdig, in der Frage der direkten Wahl, in der Frage der öffentlichen Wahl und in der Frage der privilegierten Wähler. Aber diese Schlappe der Regierung bedeutet nicht den geringsten Gewinn für die politische Fortentwicklung in Preußen.“

Der „Vorwärts“ ist natürlich aus dem Häuschen und spricht von „Zentrumsverratern“, er sieht jetzt auf einmal in der geheimen Wahl eine „erbärmliche Scheinkonzeption“; darüber kann man nur lachen. Die Sozialdemokraten lassen wieder einmal andere Parteien die Arbeit zum Schutze der eigenen Anhänger machen und weitem dabei über jene, die diese Arbeit leisten; so haben es die Genossen stets gehalten.

Der Erfolg des Zentrums hat die Wutausbrüche ausgelöst. Ohne konservative Zustimmung war die geheime Wahl nicht zu erreichen; mit den Konservativen dürfte sie auch die Regierung auf seiner Seite haben. Freilich haben die Konservativen nicht ohne weiteres auch eine Konzeption. Die direkte Wahl war ihnen für ihre ländlichen Verhältnisse des Ostens sehr un bequem; der Wahlmann spielt hier noch eine große Rolle. So kam es zu einer Art Kompromiß: geheime Wahl für die Urwähler, Beibehaltung der indirekten Wahl und öffentliche Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner. Nach längerer grundsätzlicher Debatte über die Vorschläge der direkten und indirekten Wahl erklärte das Zentrum in der Kommission, daß es zu Opfern gegenüber der konservativen Auffassung bereit sei, wenn von den Konservativen und der Regierung die geheime Wahl zugestanden werden würde. Das Zentrum brachte einen Antrag ein, wonach der bereits in der vorigen Woche gefasste Beschluß auf Einführung der geheimen Wahl in Verbindung gebracht wird mit dem konservativen Antrage, der die indirekte Wahl durch Wahlmänner beibehalten will. Die Konservativen stellten sich auf den Standpunkt, daß es auf dem Lande vielfach gar nicht möglich sei, daß sich größere Wählerkreise an der Wahl beteiligen, wenn doch von vornherein feststehe, wer in dem betreffenden Dorfe gewählt wird. Das steht im striktem Widerspruch zu der Forderung der Konservativen, die Wähler durch Einführung der Wahllisten zur Urne heranzutreiben. Der Redner der Sozialdemokratie wandte sich gegen das Zentrum. Dieses opfere durch sein Vorgehen ohne weiteres auch die direkte Wahl, nachdem es schon früher durch seine matte Haltung gegenüber dem gleichen Wahlrecht gezeigt habe, daß es ihm wenig ernst mit diesem Ziele sei. Wenn das Zentrum es so weiter treibe, dann werde es bald sehen, wie die Sozialdemokraten draußen im Lande mit ihm umspringen würden. Der Minister des Innern erklärte:

„Wenn nach den Vorschlägen der Konservativen mit Hilfe anderer Parteien die indirekte Wahl wieder in das Gesetz hineingebracht werden sollte, und wenn dafür die geheime Wahl seitens ihrer bisherigen Gegner akzeptiert wird, nachdem Merkmale aufgetaucht sind, daß diese geheime Wahl dem öffentlichen Wunsch entspricht, so wird die Vorlage dadurch so geändert, daß ihr Zustandekommen im höchsten Maße gefährdet ist. Die Regierung wird dann kaum noch großen Wert auf ein positives Ergebnis legen können.“

Da sieht man, wo die Hauptgegner der geheimen Wahl sitzen: in der Regierung. Die nationalliberale Partei forderte getrennte Abstimmung über die Frage der direkten und der geheimen Wahl. Sollte nach den Vereinbarungen der Konservativen die indirekte Wahl mit dem geheimen Wahlrecht gemeinsam zur Abstimmung kommen, würden die Nationalliberalen vorerst dafür stimmen, sich aber ihre definitive Entscheidung vorbehalten, je nachdem sich die Vorlage im übrigen gestalte. Der polnische Vertreter gab die Erklärung ab, daß er zwar für direkte Wahl sei, aber

für das Kompromiß stimmen werde, wegen des hohen Wertes der geheimen Wahl. In der Abstimmung wurde der Kompromißantrag der Konservativen und des Zentrums gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Hierauf wurde die Regierungsvorlage entsprechend dem Kompromiß umgestaltet, indem alle Bestimmungen über die direkte Wahl beseitigt und die bisherigen Vorschriften über die Wahl der Wahlmänner wieder hergestellt wurden.

Damit sind also die geheime Urwahl und die indirekte Wahl mit einander verflochten worden, die Konservativen haben erstmals für die geheime Wahl gestimmt und das will etwas heißen. Ohne das Entgegenkommen des Zentrums wäre dies nie zu erreichen gewesen. Wenn man den Wähler fragt, was ihm lieber sei: die geheime Wahl oder die direkte Wahl — so lautet die politische Fragestellung — dann erfolgt die tausendfache Antwort: die geheime Wahl. Am liebsten hätte das Zentrum beide angenommen, aber es war nicht zu erzielen. Wenn daher das Zentrum die geheime Wahl mit nach Hause bringt, dann hat es sehr viel erreicht und braucht kein Geschrei der Gegner zu fürchten.

Deutschland und Oesterreich.

Dresden, den 24. Februar 1910.

Der Minister des Aeußeren der Habsburger Monarchie weilt in Berlin und wurde herzlich willkommen geheißen. Der Empfang beim Kaiserpaare entsprach dem herzlichen Bündnisse zwischen den beiden mitteleuropäischen Staaten. Der österreichische Staatsmann hat von dem Augenblicke an, wo er sein jetziges Amt übernahm, stets das Bemühen gezeigt, das Bündnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, das er als das Erbe seiner Vorgänger zu verwalten hatte, nicht nur äußerlich aufrecht zu erhalten, sondern es auch durch die Art der persönlichen Zühlungsnahe zu pflegen und lebendig zu erhalten. Die Donaumonarchie ist uns seit drei Jahrzehnten ein wertvoller Verbündeter gewesen, wir wissen die historische und wirtschaftliche Bedeutung zu würdigen, die die politische Zusammenfassung so verschiedenartiger Stämme in diesem Gebiete für die Völker selbst, für uns und für ganz Europa hat, und wir fühlen uns mit diesem Staate verbunden, den deutsche Kultur aufgebaut hat und in dem diese noch heute an erster Stelle lebendig ist. Aber seit langer Zeit scheinen dort alle Kräfte in Anspruch genommen durch innere Kämpfe, so daß eine Initiative nach außen nicht zu erhoffen schien. Graf Khevenhull hat diesen Auen gebrochen, als er wieder eine aktive Politik zu treiben wagte und dieser Politik einen selbständigen Gedankeninhalt gab. Damit trat er für eine längere Zeit in den Mittelpunkt der Entwicklung der Ereignisse.

Es konnte nicht ausbleiben, daß sich auch die Rehrseite dieser Initiative bemerkbar machte und daß berechtigte Sorge und böser Wille gleich stark an dem Vertrauensverhältnis rüttelten, daß die mitteleuropäischen Kaiserreiche so lange gepflegt hatten. Zum Glück wurde der Wert dieses Verhältnisses in Berlin und Wien mit gleicher Klarheit empfunden und der Weg gewählt, der für beide Teile der beste und vernünftigste war. — der Weg einer ständigen offenen Aussprache über alle die Mächte, die ins Werk gesetzt wurden, um das Bündnis zu sprengen. Das Gegeneinanderhalten der Behauptungen, mit denen in Wien gegen Berlin und in Berlin gegen Wien gearbeitet wurde, muß oft recht erheitend gewirkt haben, denn es kamen dabei angebliche „Feststellungen“ zutage, die sich gegenseitig direkt aufhoben. Das gilt natürlich in erster Linie von den Versuchen, die gemacht worden sind, um Deutschland und Oesterreich-Ungarn zum Vorteil anderer auseinander zu bringen.

Man bezeichnet Graf Khevenhull gern als die „Entdeckung“ des österreichischen Thronfolgers, der ihn zu dem Zwecke gesucht habe, um für sein Land eine kraftvolle Auslandspolitik führen zu können. Letzteres hat der Graf gemacht. Aber er hat es im engsten Anschlusse an Deutschland und mit Deutschland getan, das den Sekundandendienst in Algerias nicht vergessen hat. Beide Reiche sind nach außen um so mächtiger, als sie eng mit einander gehen und beide stärken dadurch den Einfluß des Deutschums. Graf Khevenhull und der Thronfolger gehen hier dieselben Wege, die der allverehrte Greis auf dem Throne der Habsburger seit mehr als einem Menschenalter wandelte.

Politische Rundschau.

Dresden, den 24. Februar 1910.

— Se. Majestät der Kaiser hat dem österreichisch-ungarischen Minister des Aeußeren Grafen Khevenhull die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden verliehen.

— Der österreichische Minister des Aeußeren, Graf Khevenhull, machte am Dienstagmorgen eine Reihe von privaten Besuchen und nahm auf der österreichisch-ungarischen Botschaft den See, wobei er die Herren der Botschaft, des Generalkonsulats und einer Deputation der österreichisch-ungarischen Kolonie sich vorstellen ließ. Mittwoch vormittag empfing der Minister in seinem Hotel den Besuch des Reichskanzlers von Bethmann-Hollweg. Der Besuch währte fünfviertel Stunden und wurde zu ausführlicher gegen-

seitiger Aussprache der beiden Staatsmänner benutz. Mittags erschien Graf Khevenhull zum Diner beim bayrischen Gesandten, zu dem auch Staatssekretär Dernburg geladen war. — Um 3 1/2 Uhr nachmittags wurde Graf Khevenhull vom Kronprinzenpaar empfangen.

— Die Reichswertzuwachssteuer, die nach den Bestimmungen der Reichsfinanzreform bis zum 1. April 1912 eingeführt sein muß, soll dem Reichstage noch in dieser Session zugehen. Der Entwurf wird die Erhebung der Zuwachssteuer bei dem tatsächlichen Verkauf am wirklich erzielten Wertzuwachs vorschreiben. In welcher Höhe ist noch nicht bekannt. Wahrscheinlich werden Reich und Kommune sich in die Wertzuwachssteuer teilen.

— Ueber den künftigen Reichstagspräsidenten zerbrechen sich die Blätter den Kopf; aller Wahrscheinlichkeit nach wird Graf von Schwerin-Löwiy Präsident werden. Die „Tägl. Rundschau“ meint, daß das Zentrum sich bemühe, für Dr. Spahn eine Mehrheit zu gewinnen. Davon ist nicht ein Wort wahr. Wenn das Zentrum die Stelle des Präsidenten fordern würde, hätte es sofort eine Mehrheit hierfür auf seiner Seite, das heißt, der ganze Reichstag würde diese Forderung heute anerkennen.

— Im preussischer Abgeordnetenhause wurden zunächst kleinere Vorlagen erledigt und dann in die fortgesetzte Beratung des Etats des Ministeriums des Innern eingetreten. Der Zentrumabgeordnete Dr. Bell führte Beschwerde darüber, daß ein V. d. H. „Fürst Bülow“ und seine Zeit, das unerhörte Beschimpfungen der Zentrumspartei und der katholischen Kirche uthöhl, vom Ministerium des Innern empfohlen worden ist; auch der Abgeordnete von Rappenheim schloß sich diesen Ausführungen an. Der Minister von Rolke verteidigte sich nur schwach und konnte nichts Durchschlagendes vorbringen. Zum Schlusse sprach noch der Sozialdemokrat Liebknecht über die Wahlrechtsdemonstrationen die er rechtfertigen wollte, holte sich aber bei seinen Ausführungen nicht weniger als drei Ordnungsrufe. — Morgen geht die Debatte weiter.

— Die Reform des Apothekenwesens auf reichsgesetzlicher Grundlage ist, wie das Organ des Deutschen Apothekervereins aus bester Quelle mittelt, als endgültig gescheitert zu betrachten. Die Reform, die den dritten Versuch einer einheitlichen Regelung dieser schwierigen Angelegenheit für das ganze Reich darstellt, war vor drei Jahren durch die Veröffentlichungen des Entwurfes eines Reichsapothekengesetzes eingeleitet worden. Man wird jetzt damit rechnen müssen, daß die einzelnen Bundesstaaten, besonders Preußen, die landesgesetzliche Regelung in Erwägung ziehen werden.

— Die Liberalen des Kreises Mülheim-Wipperfürth geben für die Stichwahl die Parole aus: keine Stimme dem Zentrum! Wir gratulieren!

— Die Tagung des Bundes der Landwirte war für diesen ein großer Erfolg; daher auch der Ärger der Gegner. Die „Tägl. Rundschau“ ist sehr unzufrieden und meint: „Der Bund der Landwirte sollte doch inmitten seiner blind vertrauenden Zuhörerschaft nicht völlig vergessen, daß er allein nichts ausrichten kann, so unwürdig er auch die guten Dienste des Zentrums herbeisucht. Er ist absolut angewiesen auf die Sympathien der Mittelparteien, die den letzten Postarat unter Noth und Noth brachten und damit die jetzige Blüte der deutschen Landwirtschaft herbeigeführt haben. Haben wir es doch heute im Zirkus Busch zum ersten Male erlebt, daß nicht ein einziger der hyperagrarischen Wortführer noch von der „nolleidenden“ Landwirtschaft zu sprechen wagte! Die Rechte mit dem täglich umwordenen Zentrum hat es allein nicht zutwege gebracht! Wo sind die Helfer? Nun, man hat so ziemlich alles getan, um die Leute, deren gereifter National-sinn in der Prosperität der Landwirtschaft mit gutem Grunde eine unerlässliche Voraussetzung vaterländischer Wohlfahrt sieht, zu brüskieren.“

Das „Berliner Tageblatt“ sagt: „Dem Kaiserreich, das der deutschen Landwirtschaft ein unentbehrliches Düngemittel künstlich verteuern soll, war im Laumel agrarischer Begeisterung mit keiner Silbe die Rede. Die Schwachen sollen es doch angeblich im Bunde so gut haben! Wo blieb da die sittliche Ent-rüstung über einen „Raubzug“, der für die Schwachen zehnmal drückender wird, als für die Herren Großgrundbesitzer! Für Geld kann man alles haben, nur nicht Ueberzeugungstreue.“ rief der Januschaener mit edlem Pathos. Wie es scheint, kann man aber im Interesse eines guten Geldgeschäftes auch der agrarischen Ueberzeugungstreue wenigstens Schweigen gebieten. — wenn's natürlich auch schwer fällt!“

Der „Vorwärts“ meint: „Es lag alles in allem keine richtige Anariffsstim-mung in der Kundgebung unserer Landkrieger! Die Triarier sahen sich eben infolge ihrer eigenen politischen Sünden, namentlich aber infolge der gewaltigen Kundgebungen des Volkes derart in die Verteidigungsstellung gedrängt, daß ihnen die Löne junkerlichen Trojes zwischen den Zähnen stecken blieben. So hätte denn auch diese Bündlerparade bewiesen, daß es gegen den Junker-trug keinen wirksameren Schutz gibt, als den mit rüch-sichtsloser Deutlichkeit zum Ausdruck gebrachten Willen des Volkes!“

erbein
die Fabri-
ldersaft aus
ndet ist und
er
ersafft
ite und Wir-
f kommt.
ist eine
ungskur
Wacholder-
stisch, son-
ndig, am aus-
e unrelen
elden, den
n, die Ver-
ern und bei
e und Rheu-
rper von den
rnsäuren em-
n. In Verbin-
erheins Spul-
das beste
u- und Ma-
g Wirkung
beringsten Teil
menen Reim-
erheins Wach-
schen 1 Mk.
3. — u. 6. —
daher achte
auf die
rke
Vogel
leo
andapparat
Scham.
Salzlotter
egplions- und
en Fürstenstr. 69
Genzen.
cks,
otz, Zylinder
Barrll., Dresd.,
argarethenstr. 7.1
te
pie
solche Ware nicht
eller stammt —
illig auf
a Schunke
für Haararbeiten
hstraße 19, 1.
men, daß sie
ens gewesen
veranlassen
ne heimliche
is schädigen
atte Grund,
Scharblide
r Patienten,
sich von ihm
empfehlen.
n den
Hypochondr.
Bild zu fin-
arge Genug-
werten Cha-
die Familie
abweisendem
alle Silbe in
keine Rechte,
Knaben des-
sen fröhlichen
n Wuden ver-
s nach einer
Fieber nach
ie sie an den
n für allemal
üßelige Kin-
ale in kurzer
klüßig, ab er-
en oder einem
n entschied er
n auch nicht
Angst vor dem
für ihn wert-
das unsägliche
e bitteren Ge-
stigten Kon-
e erschien, eine
Beruf, und vor
Binan nannte,
für den Vater
schon bei der
m Bewußsein